



Auskunft erteilt:	Herr Fischer	Amt/EB:	31-Ordnungsamt
Tel.:	0261 129 4761	e-mail:	christian.fischer@stadt.koblenz.de
Koblenz,	28.05.2026		

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 18.03.2026

Anwesend sind:

Herr Christian Altmaier,

Vorsitzende/r des Gremiums
Frau Ulrike Mohrs,

Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI
Herr Kevin Wilhelm,

Ratsfraktion CDU
Herr Andreas Biebricher,
Herr Herbert Dott,
Herr Thomas Flöck,
Herr Tim Josef Michels,

Ratsfraktion WGS
Frau Anna-Maria Plato,

Ratsfraktion FDP
Herr Markus Schreyer,

Stv. Ratsfraktion CDU
Frau Daniela Nowak,

Schriftführer/in
Herr Christian Fischer,

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michael Kock,
Herr Maurice Münder,
Herr Patrick Zwiernik, c/o in die Grüne-Fraktion

Nicht anwesend sind:

Ratsfraktion CDU
Herr Philip Rünz,

Ratsfraktion SPD
Herr Toni Bündgen,
Herr Thorsten Schneider,

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Mara Bierbrauer,

Stv. Ratsfraktion SPD
Herr Ivo Holl,

Ratsfraktion SPD
Frau Anke Holl,

Stv. Ratsfraktion AfD
Herr Fabian Becker,

Ratsfraktion AfD
Herr Andreas Fachinger,
Herr Klaus Göbel,

Ratsfraktion FW

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ergänzungen zur Niederschrift betreffend die Sitzung des Fachausschusses für Sicherheit und Ordnung am 20.11.2025 bestehen keine. Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Zudem werden die Ausschussmitglieder Ivo Holl und Maurice Münder verpflichtet.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2025
Vorlage: UV/0041/2026
- Punkt 2: Unterrichtung über den aktuellen Sachstand der Konzeptionen zur zivilen Alarmplanung
Vorlage: UV/0063/2026
- Punkt 3: Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Koblenz und Erlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Koblenz
Vorlage: BV/0104/2026
- Punkt 4: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1: Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2025
Vorlage: UV/0041/2026

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

☒ abschließend ☐ ungeändert ☐ geändert ☐ ohne Beschlussempfehlung ☐ beschlossen

☐ weitergeleitet ☒ z. Kenntnis genommen ☐ abgesetzt ☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ abgelehnt

☐ einstimmig ☐ mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und verweist auf die vorliegende Unterrichtungsvorlage zur Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2025.

Ratsmitglied Altmaier erkundigt sich, ob bislang Probleme im Hinblick auf das Befahren des Peter-Altmeier-Ufers aufgetreten sind. Seitens der Feuerwehr wird dies durch Herrn Pflüger verneint und ergänzend darauf hingewiesen, dass grundsätzlich der schnellste Weg genutzt wird.

Punkt 2: Unterrichtung über den aktuellen Sachstand der Konzeptionen zur zivilen Alarmplanung
Vorlage: UV/0063/2026

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

☒ abschließend ☐ ungeändert ☐ geändert ☐ ohne Beschlussempfehlung ☐ beschlossen
☐ weitergeleitet ☒ z. Kenntnis genommen ☐ abgesetzt ☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ abgelehnt
☐ einstimmig ☐ mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und verweist auf die vorliegende Unterrichtungsvorlage zum aktuellen Sachstand der Konzeptionen zur zivilen Alarmplanung. Sie erläutert ergänzend, dass die Konzeptionierung beim Amt für Brand- und Katastrophenschutz angesiedelt ist und hierfür bereits eine neue Kollegin eingestellt wurde. Die Ausplanung ist für die nächsten zwei Jahre vorgesehen, um die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sicherzustellen.

Ratsmitglied Michels merkt an, dass Koblenz im Vergleich zu anderen Städten einen Vorsprung habe und wünscht sich auch eine Einbeziehung der Ehrenamtlichen, insbesondere in den Randgebieten der Stadt. Frau Bürgermeisterin Mohrs führt hierzu aus, dass die Konzeptionen auch in den einzelnen Stadtteilen vorgestellt werden sollen. Es bedarf allerdings noch etwas Zeit bis Konkretes dargelegt werden kann. Gleichzeitig bittet sie auch um Verständnis dafür, dass nicht alles der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Biebricher erläutert Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass die vollständige Umsetzung des Alarmkonzeptes voraussichtlich zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen wird. Ergänzend hebt Herr Pflüger die besondere Herausforderung im Zusammenhang mit dem KRITIS-Dachgesetz hervor.

Ratsmitglied Altmaier betont die Bedeutung klarer Informationen für die Bevölkerung, insbesondere vor dem Hintergrund vergangener Ereignisse und regt an das BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) für einen Vortrag einzuladen. Die Ausschussmitglieder könnten dann als Multiplikator dienen. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass das BBK in den nächsten Jahren nur noch Großstädten zur Verfügung steht. Entsprechende Schulungen wurden jedoch bereits besucht. Sie verweist zudem auf die Broschüre des BBK „Vorsorgen für Krisen und Katastrophen“. Im Hinblick auf die Einrichtung von Schutzräumen stellt Frau Bürgermeisterin Mohrs die noch ungeklärte Frage der Finanzierung heraus, da der Zivilschutz eine Aufgabe des Bundes ist. Öffentliche Schutzräume sind lediglich im Innenstadtbereich vorhanden. Zudem erläutert sie die Bedeutung von Maßnahmen zum Schutz der Gesundheitsversorgung und Krankenhäusern.

Ausschussmitglied Biebricher wirft daraufhin die Frage auf, ob Ärzte im Hinblick auf kriegstypische Verletzungen geschult werden können. Zudem äußert er sich besorgt zur Handlungsfähigkeit des Bundeswehrzentralkrankenhauses im Kriegsfall für die Versorgung der Zivilbevölkerung. Frau

Bürgermeisterin Mohrs stellt klar, dass das Krankenhaus auch im Krisenfall weiterhin voll funktionsfähig bleibt.

Punkt 3: Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Koblenz und Erlass der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Koblenz
Vorlage: BV/0104/2026

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

☐ abschließend ☐ ungeändert ☐ geändert ☒ ohne Beschlussempfehlung ☐ beschlossen
☒ weitergeleitet ☐ z. Kenntnis genommen ☐ abgesetzt ☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ abgelehnt
☐ einstimmig ☐ mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Ausschuss für Sicherheit und Ordnung hat die Beschlussvorlage ohne Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss weitergeleitet.

Protokoll:

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt zur Neufassung der Satzung über die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte der Stadt Koblenz sowie zur Erhebung von Gebühren und erläutert, dass es vor allem um eine Trennung der Satzungen zur Arbeitserleichterung der Verwaltung gehe.

Ratsmitglied Zwiernik sieht Schwierigkeiten in der Umsetzung und verweist auf aus seiner Sicht problematische Formulierungen bezüglich ärztlicher Atteste, zum Umgang mit Tieren sowie zu weiteren Konsum- und Verhaltensregelungen. Insgesamt wird die Vorlage in mehreren Punkten kritisch gesehen und eine Ablehnung durch die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Aussicht gestellt. Frau Bürgermeisterin Mohrs versichert ergänzend, dass alle Formulierungen durch das Rechtsamt abgesegnet wurden.

Ratsmitglied Michels signalisiert für die Ratsfraktion CDU Zustimmung, hinterfragt jedoch die praktische Umsetzung in Schadensfällen, welche durch die Nutzer der Obdachlosenunterkunft entstehen sowie die Beitreibung der entsprechenden Bußgelder. Die anwesende Verwaltung erläutert, dass eine Satzung nicht alle Einzelfälle regeln kann und daher ein gewisser Handlungsspielraum besteht. Zudem dürfen Sicherheitsleistungen als Bedingung für die Aufnahme nicht die öffentliche Gefahrenabwehr aushebeln.

Ratsmitglied Altmaier erkundigt sich nach den Abläufen vor Ort. Herr Schmitt führt zunächst aus, dass erklärtes Ziel der Gefahrenabwehr die Vermeidung von Obdachlosigkeit und die Sicherstellung von kurzfristigen Unterbringungsmöglichkeiten ist. Hier ist zwischen Gefahrenabwehr und sozialem Bereich zu unterscheiden. Vor Ort erfolgt eine erste Einweisung durch den kommunalen Vollzugsdienst, es findet jedoch keine dauerhafte Betreuung in den Unterkünften statt. Die Schlüssel der Objekte liegen entsprechend beim Ordnungsamt. Bei fehlenden Kapazitäten wird auf Hotels ausgewichen. Tiere dürfen aufgrund strenger Hygienevorschriften nicht mit in die Unterkunft, es wird sich aber um diese in Zusammenarbeit mit dem Tierheim gekümmert. Auf Nachfrage zu den

Kapazitäten wird ergänzend mitgeteilt, dass 33 Plätze in der Unterkunft am Luisenturm und 13 Plätze in der Unterkunft in der Fritz-Michel-Straße zur Verfügung stehen.

Ratsmitglied Wilhelm teilt die Bedenken der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und fragt ergänzend nach der Größe der Zimmer. Die Verwaltung teilt mit, dass es sich um Mehrbettzimmer handelt und die Miete entsprechend der zur Verfügung stehenden Wohnfläche im jeweiligen Zimmer berechnet wird.

Ratsmitglied Zwiernik greift nochmal das generelle Tierverbot sowie der Umgang mit Quarantänefällen kritisch auf. Frau Bürgermeisterin Mohrs stellt klar, dass Quarantäne in städtischen Unterkünften, auch aufgrund der fehlenden Qualifikationen, nicht vorgesehen ist und dies zu den Aufgaben von Krankenhäusern gehört. Herr Schmitt weist zudem, auch im Hinblick auf das Tierverbot, darauf hin, dass die Obdachlosenunterkünfte keinen dauerhaften Wohnraum darstellen, sondern Übergangslösungen sind. Der Betroffene hat hierbei auch eine Mitwirkungspflicht, da ansonsten unter Umständen von freiwilliger Obdachlosigkeit ausgegangen werden muss.

Ratsmitglied Schneider erklärt, dass die Vorlage noch nicht in der Ratsfraktion der SPD beraten werden konnte. Grundsätzlich empfiehlt er allerdings für die Zukunft eine lineare Steigung, sodass die Gebühren nicht sprunghaft erhöht werden müssen.

Auf eine weitere Nachfrage durch Ratsmitglied Kock wird als Beispielrechnung ein Unterakunftsplatz für einen Preis von 130 Euro monatlich warm genannt. Zudem wird durch die Verwaltung erklärt, dass die Stadt als Mieter der Unterkünfte fungiert und in den Fällen mit Empfängern von Leistungsbezügen direkt mit dem Jobcenter abgerechnet werden kann. Des Weiteren ergänzt Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass die signifikante Steigung aufgrund der Vernachlässigung der Thematik in der Vergangenheit entstanden ist. Zukünftig soll eine lineare Anpassung erfolgen.

Es wird sich darauf verständigt den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung in den nächsten Ausschuss zugeben.

Punkt 4: Verschiedenes
--

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Als Erstes berichtet Ratsmitglied Schneider von Beschwerden über einen Rattenbefall im Bereich des Löwentors. Herr Schmitt erläutert, dass das Ordnungsamt im regelmäßigen Austausch mit dem Koblenzer Servicebetrieb und dem Eigenbetrieb Stadtentwässerung steht und sich dieser konkreten Anfrage bereits angenommen wurde.

Auf die Nachfrage von Ratsmitglied Plato, die gestiegenen Einbruchszahlen betreffend, verweist Frau Bürgermeisterin Mohrs auf die Polizei als korrekter Ansprechpartner.

Ratsmitglied Altmaier erkundigt sich nach dem Sachstand bezüglich der gestiegenen Baukosten des Feuerwehrgerätehauses in Horchheim und hinterfragt den geplanten Standort. Frau Bürgermeisterin Mohrs erläutert, dass die Thematik noch abschließend geprüft wird und dann über das Baudezernat auch der Politik in den entsprechenden Gremien zur Verfügung gestellt wird. An dem geplanten Standort wird, auch nach Rücksprache mit dem Land und im Hinblick auf den Zivilschutz, festgehalten. Eine Prüfung alternativer Standorte wurde bereits vorgenommen und blieb erfolglos.

Außerdem greift Ratsmitglied Bündgen die Stadttaubenproblematik auf und regt an, dass zum nächsten Gülser Ortsbeirat neben der Stadttaubenhilfe auch ein Vertreter des Ordnungsamtes

hinzukommt. Herr Schmitt erklärt daraufhin, dass das Ordnungsamt grundsätzlich nicht zuständig ist, sondern vielmehr die Veterinärbehörde der richtige Ansprechpartner ist. Lediglich bei drohender Infektionsgefahr ist das Ordnungsamt hinzuzuziehen.

Ratsmitglied Wilhelm fragt, ob die Kontrolle der Nutzung von sogenannten Vapes in den Aufgabenbereich des kommunalen Vollzugsdienstes fällt. Herr Schmitt bestätigt dies und erklärt weiter, dass diese Jugendschutzkontrollen teilweise auch in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt werden. Falls es sich bei dem Kontrollierten um eine minderjährige Person handelt, wird u.a. die Vape sichergestellt und die Eltern informiert.

Des Weiteren regt Ratsmitglied Michels an, die Sammelstelle für den Dreck-Weg-Tag vom Sportplatz zur freiwilligen Feuerwehr zu verlegen. Herr Heller nimmt diese Anregung gerne mit.

Zu guter Letzt erkundigt sich Ratsmitglied Altmaier nach den Vorbereitungen auf aggressives Betteln, mit dem mit steigenden Temperaturen wieder vermehrt zu rechnen sei. Herr Schmitt versichert, dass eine hohe Kontrolldichte in enger Abstimmung mit der Polizei gewährleistet ist und eine verstärkte Präsenz in der Innenstadt vorgesehen ist.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs die Sitzung um 17:06 Uhr.



Ulrike Mohrs
Bürgermeisterin



Christian Fischer
Protokoll